

2007-03-29

Stadt Dessau

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 28.02.2007

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal

<u>Leitung der Sitzung:</u>	Herr Dr. Exner	Stadtratsvorsitzender
	Herr Hoffmann	stellv. Stadtratsvorsitzender
	Herr Semper	stellv. Stadtratsvorsitzender

Anwesenheit: **Soll:** XX **Ist:** XX

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, informierte über die Absicht des „Offenen Kanals“ Filmaufnahmen der heutigen Sitzung zu machen. Hierzu bestanden seitens der Stadträte keine Bedenken.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Göring, Christoph
Lohde, Jacqueline
Mrosek, Andreas
Schnirch, Carina

Fraktion der PDS

Scheibe, Günter Dr.
Schönemann, Katja

Fraktion der SPD

Müller, Angela
Semper, Manfred

Fraktion Pro Dessau

Bönecke, Matthias
Grünthal, Martin

Unentschuldigt

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Die Tagung des Stadtrates wurde durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, eröffnet. Er stellte die frist- und formgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Genehmigung der Niederschrift vom 24. Januar 2007

Das Protokoll wurde bestätigt.

2. Berichte des Oberbürgermeisters

2.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr BM Gröger berichtete über folgende Ereignisse:

- | | |
|------------------------|--|
| 25. Januar 2007 | gemeinsamer Neujahrsempfang der Dessauer Wohnungsunternehmen |
| 26. Januar | Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden des Energieversorgers enviaM, Herrn Prof. Klawunn, zur Erlösauskehr des Grundstücksverkaufes aus der Errichtung des ECE-Rathaus-Centers - Fortsetzung der Gespräche am 01.03.2007

Neujahrsempfang des Ortschaftsrates Dessau-Waldersee |
| 27. Januar | Zentrale Veranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt aus Anlass des „Tages zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ in Salzwedel

13. internationaler Allianz-Pietrek-Cup 2007 - Hallenfußballturnier der E-Junioren mit 24 Mannschaften aus allen Teilen der Republik, Sieger: 1 FC Köln
- 2.100 Zuschauer an beiden Tagen -
Gäste / Besucher aus ganz Europa, sehr positive Atmosphäre
Veranstaltung im kommenden Jahr am 26./27. Januar 2008 |
| 29. Januar | Außerordentliche Verbandsversammlung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes

Letzter Neujahrsempfang der Bundeswehr am Standort Dessau. Ein langer Kampf zum Erhalt des Standortes war aufgrund der Beschlüsse der Bundesregierung nicht erfolgreich. Insofern war es nicht sehr erfreulich.

Die Stadt hat ein Bild zurückgeschenkt bekommen, welches die Stadt in den 70er Jahren aus Anlass der Errichtung eines Ingenieurbauwerkes überreicht hatte. |

- 30. Januar** Treffen mit den Landräten und Bürgermeistern zur Auseinandersetzungsvereinbarung zur Auflösung des Landkreises Anhalt-Zerbst. Ziel ist, am 11.04.2007 in allen sechs Gebietskörperschaften diese Vereinbarung zu bestätigen. Diskussion erfolgt im nächsten Hauptausschuss.
- Regionalkonferenz des ländlichen Raumes
(Veranstaltung der Wirtschaftsförderung und Tourismus Anhalt GmbH zur ILEK); Projekte ILE und LEADER
- 31. Januar** Wechsel des geschäftsführenden Präsidenten des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
Herr Holtmann übernahm die Präsidentschaft von Herrn Voigt.
- 1. Februar** Treffen der Verwaltungsspitzen von Dessau und Roßlau zur Vorbereitung der gemeinsamen Hauptausschusssitzung am 14.03. und der Stadtratssitzung am 29.03.2007
- Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Herrn Dieter Hallervorden im Anschluss an die Premiere „Die Nervensäge“ im Anhaltischen Theater
- 2. Februar** Präsentation der Ergebnisse des Gutachterverfahrens „Stadtumbau erzählen – Bürger aktivieren“
- 6. Februar** Beratung in Sachen Komplettisanierung der Meisterhäuser
Vortrags- und Diskussionsforum „Ansiedlungspolitik / Investitionen braucht das Land“ mit Herrn Wirtschaftsminister Dr. Haseloff
- 8. Februar** Offizielle Übernahme des Deichabschnittes in der Ortslage Sollnitz durch Frau Ministerin Wernicke
- Beratung im UBA zum Eisenbahnfernverkehr Berlin – Dessau
Teilnehmer: Vertreter der DB AG
- 12. Februar** Sitzung des Lenkungsausschusses „Regionalentwicklung Dessau-Bitterfeld-Wittenberg“ in der Staatskanzlei Magdeburg (Informationen wurden im Bauausschuss gegeben)
- 13. Februar** Gespräch zwischen den Präsidien der Stadträte sowie den Bürgermeistern Dessau und Roßlau zur Vorbereitung der gemeinsamen Hauptausschuss- und Stadtratssitzung
- Gespräch mit der DVG in Vorbereitung einer Grundsatzberatung mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr im LSA zum Umgang mit der weiteren Gesetzgebung, insbesondere der weiteren Vergabe künftiger ÖPNV-Leistungen
- 14. Februar** Beratung zum Thema Hochwasserschutz im OT Großkühnau

- 15. Februar** Übergabe des Zuwendungsbescheides für die Ganztagschule Zoberberg durch den Kultusminister Prof. Dr. Olbertz
- 16. Februar** ca. 11.00 Uhr Gasverpuffung am Friedensplatz Nr. 8 (Gebäude werden entkernt und stehen vor Sanierung)
5 Verletzte – (2 schwer, drei leicht verletzt).
Beide Feuerwehrleute sind wieder zu Hause, ebenso zwei verletzte Mitarbeiter der ausführenden Firma - ein Mitarbeiter der ausführenden Firma befindet sich noch im Krankenhaus. Die Stadt bedauert diesen Vorfall und wünscht allen eine gute Genesung.
- 17. Februar** Tag der offenen Tür im Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ mit sehr großer Resonanz; 30 Stände, 60 Berufsbilder wurden vorgestellt. 1200 Jugendliche, oft begleitet von den Eltern, machten sich über Möglichkeiten der Berufsbildung kundig. Besonders positiv anzumerken ist das Engagement der berufsbildenden Schulen, die alle Ausbildungsangebote sehr gut präsentierten
- 18. Februar** 10. Karnevalsumzug, 120 Bilder, 75.000 Zuschauer
Herr Bürgermeister Gröger dankte den Veranstaltern.
- 20. Februar** Übergabe der Urkunde 1a-Fachhändler – Empfehlung des Verlages „Markt intern“ an das Küchenstudio Kölzow im Fürst-Leopold-Carré
- 22. Februar** Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft – Vorstellung des neuen Kreishandwerksmeisters, Herrn Krökel, und des neuen Geschäftsführers, Herrn Wirth. Bemerkenswert ist, dass die Kreishandwerkerschaft Dessau-Roßlau mit der Kreishandwerkerschaft Wittenberg fusionierte und damit der Politik ein Stück voraus ist, weil sie hier die Kräfte zusammenführen.
- 23. Februar** Gespräch des Landesverwaltungsamtes, des Landesamtes für Denkmalpflege, der Stiftung Bauhaus Dessau und der Stadtverwaltung zu den Grundvoraussetzungen zur Komplettierung des Meisterhausensembles
- 24. Februar** Meisterschaft im Show- und Gardetanz im Veranstaltungszentrum „Hangar“ - sehr gute Platzierung der Gruppe Showtime aus Dessau
7. Roßlauer Handwerksmesse in der Elbe-Rosell-Halle Roßlau.
Diese Tradition sollte auch nach der Fusion beibehalten werden.
- 26. Februar** Gespräch zwischen den Oberbürgermeistern der drei kreisfreien Städte Magdeburg, Halle und Dessau zur finanziellen Situation der Kommunen. Deutlich müsse gesagt werden, dass ein nicht genehmigter, beanstandeter oder nicht vorhandener Haushalt im laufenden Jahr grundsätzlich verbietet, freiwillige Leistungen, für

die es keine vertraglichen Bindungen gibt, zu genehmigen. Jeder, der sich darüber hinwegsetzt und solche Nachweise der Unabweisbarkeit nicht führen kann, begeben sich mit dem geltenden Recht auf Kriegsfuß. Deshalb werde es morgen eine Gesprächsrunde in Magdeburg mit allen drei Vertretern der großen Städte sowie dem Innen- und Finanzminister geben. Man hoffe auf eine Lösung als Vorbereitung für die am 6. März vorgesehene Gesprächsrunde beim Ministerpräsidenten.

28. Februar

Sitzung des Stiftungsrates Bauhaus. U. a. ging es um die Kritik im Blaubuch, das von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde. Der Stiftungsrat habe sich mit dieser Kritik auseinandergesetzt, wie man das als Stadt ebenfalls getan habe.

Der Stiftungsrat habe kein Verständnis für die Art und Weise der geübten Kritik, weil viele Dinge, die in diesem Blaubuch stehen, antiquiert sind. Offensichtlich lagen die erforderlichen Informationen nicht vor. Wie könne sonst jemand sagen, dass sich unsere Bauhausbauten in einer schlechten Qualität befinden. Das Bauhaus ist noch in der Sanierung und sei in den bereits sanierten Teilen in einem ausgezeichneten Zustand.

Was die Internationalität angehe, könne man tatsächlich niemandem, nicht der Stadt und nicht dem Bauhaus ein solches Zeugnis attestieren. Dass vieles besser geht und man mit solchen Kritiken umgehen kann, sei eine andere Frage.

Der Vertreter des Bundesministeriums im Stiftungsrat hat den Auftrag erhalten, das im Hause abzustimmen. Wenn wir als Auftraggeber eine solche Leistung als Dienstleistung akzeptieren würden, müsste diese als Schlechtleistung deklariert werden. Das werde man im Protokoll wieder finden. Auch beschlossen wurde, dass es zu einer externen Evaluation des Bauhauses kommt. Das habe nichts direkt mit dem Blaubuch zu tun, aber die Parallelität zeige, dass selbstkritisch mit diesen Dingen umgegangen wird. Aber eine Kritik wie diese, die unsachlich und teilweise unwahr ist, werde man sich nicht bieten lassen.

2.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung am 24.01.2007 wurde der Verkauf von Arrondierungsflächen Askani-sche Str./Franzstraße zur Errichtung des Shopping- und Dienstleistungscenters beschlossen.

3. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.15 Uhr

Herr Reichert, Vertreter einiger Mosigkauer Bürger, äußerte sich zur Straßenausbaubeitragssatzung. Er bezog sich auf MZ-Artikel vom 10.02.2007 und des gestrigen Tages, in denen es um den Zustand in den Großstädten Sachsen-Anhalts geht. Daraus könne man entnehmen, dass Dessau eigentlich handlungsunfähig ist. Die Belastungen der Bürger werden immer höher. Er fragte, wie es zu verstehen ist, dass die Bürger nicht mehr gefragt werden sollen. Man habe sich dazu verständigt, am 09.03.2007 eine Bürgerversammlung in Mosigkau durchzuführen. Hier sollen Fragen

zur Straßenausbaubeitragssatzung geklärt werden. Herr Reichert fragte weiter, ob es möglich wäre, dass jemand dort erscheine und entsprechende Fragen beantwortet.

Er könne sicherlich mit der Verwaltung absprechen, dass jemand am 09.03.2007 an der Versammlung teilnimmt, führte **Herr Bürgermeister Gröger** aus. Auch wolle er ihm gern Informationen zukommen lassen, nachdem er das in der Verwaltung abgestimmt habe. Man habe eine beschlossene Straßenausbaubeitragssatzung. Weil man für die neue Doppelstadt Dessau-Roßlau eine Novellierung des Ortsrechtes und damit auch eine neue Straßenausbaubeitragssatzung haben müsse, sei die Diskussion erneut entfacht. Roßlau hat eine Straßenausbaubeitragssatzung von 1992, die in ihren Grundsätzen, was die Bürgerbeteiligung und das Verfahren angehe, steht. Sie ist abgefedert und abgesichert durch eine Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt.

Wenn Herr Reichert Informationsbedarf zur Straßenausbaubeitragssatzung habe, wie sie in Dessau im Moment zweifelsfrei Ortsrecht ist, könne man dort Erläuterungen geben und erklären, was passiert, wenn man sich der Lesart des Städte- und Gemeindebundes in der Mustersatzung und wie sie in Roßlau praktiziert wird, anschließen würde. Es gehe nicht darum, dass die Bürger nicht befragt werden, sondern darum, dass unsere Satzung enthält, dass der Bürger am Schluss der Diskussion entscheiden muss, ob er eine ausgebaute Straße haben will. Dann behalte sich der Stadtrat das letzte Recht der Entscheidung vor, ob gebaut wird. Es habe nichts damit zu tun, dass die Bürger nicht in gleicher Weise eingebunden werden.

Was die Handlungsfähigkeit betreffe, sei diese nicht gegen Null, weil es Verpflichtungen aus den Vorjahren gebe. Aber eine Gemeinde, die keinen genehmigten Haushalt hat, sei in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Herr Bürgermeister Gröger habe auch schon gesagt, wo die Probleme liegen. Im freiwilligen Bereich dürften eigentlich keine Freigaben erteilt werden. Daran müsse sich die Verwaltung halten, weil die Verwaltung nach geltendem Recht agieren muss. Das wäre eine ziemlich schmerzliche Angelegenheit, deshalb müsse man in Dessau zusehen, dass man auf schnellstem Wege den Haushalt beschließt, um ihn einreichen zu können. Die Aussichten dafür seien problematisch, weil zur Ausgeglichenheit des Haushaltes im Moment eine Größenordnung um die 16 Mio. € fehlen. Was die Lasten angehe, die die Bürger betreffen, müssen auch die Bürger ihren Anteil leisten. Sie leisten ihn schon auf der Grundlage der jetzigen Straßenausbaubeitragssatzung. Man werde auch über bestimmte kostenpflichtige Leistungen von Fall zu Fall entsprechend der allgemeinen preislichen Situation über die Mehrwertsteuer, Lohnzuwächse usw. in gleicher Weise Stück für Stück entscheiden, was unabhängig von der jetzigen Haushaltssituation ist. Das ist geübte Praxis der letzten anderthalb Jahrzehnte.

4. Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion, bezog sich auf die Berichterstattung Herrn Grögers zum Blaubuch. Man habe mit Betroffenheit von dem Blaubuch und der Stellungnahme erfahren. Bei dem Wort Provinzialität des Bauhauses ging es nicht um den baulichen Zustand des Bauhauses. Alle haben im Berufsleben gelernt, auf eine Kritik nicht mit einer Gegenkritik zu reagieren, sondern zu versuchen, ob auch etwas Hilfreiches dahinter steckt, ob man einen Kern entdeckt, mit dem man umgehen kann. So wünschte er sich, wenn von dem Stiftungsgremium evtl. jemand ein Referat vor dem Stadtrat halten und man Rückfragen äußern könnte. Er bitte darum, dass es

nicht zur Konfrontation mit dem 1. Bibliothekar Deutschlands, Herrn Rabe, kommt, sondern dass man evtl. eine Hilfestellung für die Vermarktung des Bauhauses erkennt.

Was diese Anregung angehe, wisse er nicht, ob das Podium Stadtrat genutzt, oder ob man das nicht im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt machen sollte, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**. Wenn das im Stadtrat gewünscht werde, lasse sich das auch organisieren. In einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt oder in einer gemischten Sitzung evtl. mit noch einem anderen Ausschuss könnte man das Bauhaus berichten lassen, um Einzelheiten zu hinterfragen. Man wolle auch nicht die direkte Konfrontation mit Herrn Raabe, man müsse aber auch sagen, dass die von Herrn Raabe zu verantwortenden Ausführungen im Blaubuch tatsächlich widersprüchlich sind. Das habe sich Herr Gröger selbst vorgenommen. So schreibe Herr Raabe auf der einen Stelle über den Leuchtturm Bauhaus mit einer hohen Internationalität und zum Schluss rede er von Provinzialität. Hier gehe etwas nicht zusammen, was man aber aufklären könne. Wie so etwas zu Stande kommen kann, habe heute im Stiftungsrat zu einer gewissen Ratlosigkeit geführt.

Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion, führte aus, es gehe um das Stichwort Haftpflichtversicherung. Wenn Dessauer im Ehrenamt über vier Wochen zwischen März und April ihre Stadt und Umgebung aufräumen, seien sie im Falle des Falles beim Kommunalen Versicherer versichert. Er stellte die Frage, wie es mit den Vereinen stehe, die im Sinne der Kommune tätig sind, wenn z. B. im Mausoleum gearbeitet wird und es entstehe ein Körperschaden, welche Versicherung eintritt.

Herr Bürgermeister Gröger sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Seine Freude darüber, dass man anscheinend wieder in der Liga der drei größeren Städte, der kreisfreien Städte, der Oberzentren in Sachsen-Anhalt angekommen ist, drückte **Herr Sachse, SPD-Fraktion**, aus. Die Aktivitäten der letzten Tage haben ihm Mut gemacht, dass es uns auch in Zukunft gelingt, wieder in der Haushaltsdiskussion eine vernünftige Blickrichtung zu bekommen. Die Aktivität vom Oberbürgermeister Magdeburgs, Herrn Trümper, sei sehr beachtlich. Er habe klare Worte gesprochen. Auf diesem Weg sollten auch wir mitziehen. Herr Gröger habe das getan, er wolle ihm den Rücken diesbezüglich stärken. Herr Sachse lenke den Blick darauf, dass wir durch die Fusion Dessau-Roßlau selbst einen Beitrag geleistet haben, auch durch das eigene Selbstwertgefühl, für die Zukunft wieder ernst genommen zu werden. Das war nicht immer so, denn in den letzten zwei Jahren habe es erhebliche Bedenken gegeben. Das könne Herr Kolze mit nachvollziehen, denn auch auf Landesebene war das eine oder andere nicht im Sinne der Stadt Dessau geordnet.

Herr Sachse merkte an, es sei auch die richtige Richtung, über die Haushaltskonsolidierung nachzudenken. Das Land habe in der Vergangenheit die Mittel für die Kommunen in erheblichem Maße reduziert. Er wisse, dass es für die Zukunft ebenfalls so sein soll. Wenn das Land bestimmte Dinge in unserem Sinne mit uns gestalten will als Oberzentrum, müsse es auch dafür sorgen, dass wir in der Lage dazu sind. Er hoffe, dass die Diskussion ein wenig ablenkt von den Privatisierungsbestrebungen der kommunalen Bereiche, denn zwischen den Türen habe man das eine oder andere schon gehört, dass man vielleicht über diese Dinge wieder nachdenkt.

Die richtige Richtung sei klar. Man sollte sich ganz konsequent mit einbringen und die Aktivitäten mit der Landesregierung besprechen.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, bezog sich auf eine Meinungsverschiedenheit mit Herrn Bürgermeister Gröger, was die Baumpflanzungen an Deichen in Waldersee betreffe. Anlass dafür sei, dass er um den 22. Januar herum mit Entsetzen gesehen habe, dass 18 Eichen in Waldersee an einem Deich am Rehsumpf gepflanzt worden sind. Niemand im Ortschaftsrat und in Waldersee wusste davon. Daraufhin habe er Herrn Gröger angeschrieben und von illegalen Baumpflanzungen berichtet. Dabei bleibe er auch, weil der Ortschaftsrat nicht gefragt und informiert worden ist.

Herr Ehm bezog sich an dieser Stelle auf die Antwort, welche er in den letzten Tagen von Herrn Gröger erhalten habe, in der dieser das Vorgehen rechtfertigte. Zur Begründung des fachlichen Aspektes habe er ihm zum Nachlesen die betreffende Seite der DIN 19712 mitgebracht, wo etwas zu Bäumen im Deich gesagt ist. Es stehe dort und auch in dem anderen Merkblatt DVWK, Deutscher Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau e.V. eindeutig drin. Das sei die maßgebliche Fachrichtlinie für den Deichbau in Deutschland neben der DIN. In beiden Werken stehe, dass normalwüchsige Bäume 10 Meter vom Deichfuß zu stehen haben. Er nehme das erst recht für neu gepflanzte in Anspruch.

Das sei die eine Seite, dass also nach dieser Hochwasserkatastrophe jedes Kind in Dessau weiß, oder wissen sollte, dass Bäume nicht in den Deich gehören. Man habe genügend Probleme mit alten Bäumen, die dort noch drin stehen und deren Wurzeln zu entfernen sind. Man habe bei der Sanierung der Deiche gesehen, welche schlimmen Folgen das hat.

Der technische Aspekt sei, dass hoch bezahlte Beamte, die an hoch dotierten Verfahren arbeiten, die eigenen Regelwerke nicht kennen und wenn sie darauf aufmerksam gemacht werden, Ausflüchte finden, warum sie das so gemacht haben, wie sie es gemacht haben. Hier sollte man fachlich klare Linien schaffen.

Das zweite sei der Umgang mit den Ehrenamtlichen. Herr Gröger habe in dem Antwortschreiben auch Bezug genommen auf eine Antwort des Rechtsamtes, weil dieses Verfahren 2003 gelaufen ist, sehr unglücklich in einer Zeit, wo man mit der Beseitigung der Hochwasserschäden befasst war und uns tatsächlich diese offen gelegten Verfahren als Ortschaftsrat nicht auf den Tisch gelegt worden sind.

Er wolle herzlich darum werben und bitten, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit so respektiert werden, wie das notwendig ist. Es sind Menschen, die sich Jahr und Tag für ihren Ort in allen möglichen Ebenen einbringen, deren ehrenamtliche Arbeit mit einem Handstreich von hoch bezahlten Beamten mit ihren Argumenten einfach weg-gewischt wird. Das sei kein guter Umgang mit Ehrenamtlichen. Er mahne an, dass dieser Umgang in Zukunft verbessert wird und dass Beamte, die fachlich an solchen Themen arbeiten, sensibilisiert werden, die Ortschaftsräte und andere Ehrenamtliche in solche Verfahren wirklich maßgeblich einzubeziehen. Sie mögen vielleicht Recht haben, dass der § der Gemeindeordnung das so nicht hergibt. Wir wissen alle „zwei Juristen – drei Meinungen“. Man könnte auch jemanden bringen, oder auch mehrere, die sagen, der § gibt das so her, auch wenn das das Rechtsamt der Stadt anders sieht. Aber der Geist der Gemeindeordnung stehe mit Sicherheit auf der Seite der

Ehrenamtlichen, die ehrenamtlich zum Wohle ihrer Einwohner ihre Freizeit opfern. Er bitte, in Zukunft das zu berücksichtigen. Man hatte 2002 den Slogan erfunden "DIN-gerechten Deichbau, sofort." Der Anfang war gut, aber das gelte auch für die Zukunft, dass man normgerechte Deiche haben möchte.

Es sei ein Leichtes, die Stadt für Maßnahmen Dritter in jedem Fall verantwortlich zu machen, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**. Man wisse, was man erreicht habe über die Einflussnahme, was am Luisium passiert ist, wie man sich herausgelehnt hat, um den Deichbau überhaupt auf den Stand zu bringen, wo er heute ist. Man wisse, was auch in dem Schreiben steht, dass es ein Planfeststellungsverfahren gegeben hat, was nicht durch die Verwaltung, sondern das LHW geführt worden ist.

Herr Gröger bedauerte, dass Herr Ehm nichts von dem heute durch Herrn Tschada unterbreitete Angebot gesagt habe. Man wolle diese Punkte alle noch einmal in Ruhe durchgehen, Erklärungen suchen, wo man sich falsch verstanden wisse, und gemeinsam mit dem LHW eine Lösung finden. Dieses Angebot wolle er gern wiederholen. Niemand könne ihm nachsagen, er gehe mit dem Ehrenamt nicht sorgfältig und gewissenhaft um. In seiner Neujahrsrede habe er bspw. das Ehrenamt ganz besonders hervorgehoben und hervorgehoben. Der Vorwurf diene nicht dazu, Vertrauen aufzubauen. Er mache das Gesprächsangebot und hoffe, wenn er das erneuere, dass Herr Ehm es annehme.

In Erwiderung bemerkte **Herr Ehm, Fraktion der CDU**, Herr Bürgermeister Gröger solle sich nicht angegriffen fühlen, denn er habe das Planfeststellungsverfahren nicht gemacht. Herr Ehm habe auch gesagt, dass es 2003 war und Herr Gröger es nicht verteidigen soll. Er soll sagen, es sei damals nicht o.k. gelaufen, man mache das in Zukunft besser.

Das Angebot von Herrn Tschada betreffend, sage er, fünf Minuten vor der Stadtratsitzung war das eine Notbremse. Er gehe gern auf das Angebot ein, wolle aber ein Gegenangebot unterbreiten. Im Sinne unserer Sicherheit wünscht er, dass die neu gepflanzten Bäume aus dem Deich schnellstmöglich wieder herauskommen. Er biete an, da das Geld für die Pflanzung der Bäume ausgegeben wurde und keine Behörde das Geld hat, die Bäume dort wieder herauszunehmen, dass ehrenamtliche Walderseer die 18 Bäume fachgerecht aus dem Deich herausnehmen. Es gebe mit Sicherheit Ausgleichsflächen in Dessau, wo diese dann gepflanzt werden können. Dieses Angebot stehe seitens des Ortsbürgermeisters.

Das sollte in einem Gespräch vertieft werden, merkte **Herr BM Gröger** an. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die sich aber im Rahmen der gesetzlichen Rahmenbedingungen bewege. Man könne als Stadt nicht in die Aufgaben anderer eingreifen, wie man wolle, auch wenn man der Auffassung ist, dass dort fachlich nicht sauber gebaut wurde.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, es sei schon einmal die Kritik am Bauhaus im Blaubuch angesprochen worden. Zwar sei Herr Rabe ein honorierter Mensch, jedoch sollte eine objektiv falsche Kritik zurückgewiesen werden. Es sei keine Frage, dass diese Gebäude in einem vorbildlichen Zustand sind. Die Zurückweisung der Kritik sei sehr angebracht. Ein weiterer Aspekt, wozu sich der politische Raum positionieren und der so nicht stehen bleiben sollte, sei die Kritik am Zu-

stand des Gropiushauses. Hier stelle sich Herr Rabe hin und sagt, dass jedem klar sei, dass dieses Gebäude wieder rekonstruiert werden muss, nur offensichtlich der Stiftung Bauhaus Dessau nicht. Das sollte so auch nicht stehen bleiben. Herr Busch verwies auf ein mitgebrachtes Buch „Umbauhaus“, welches alle Aktivitäten der Stiftung Bauhaus Dessau zu diesem Gropiushaus bündelt. Man habe sämtliche Architekten, die weltweit einen guten Ruf haben, befragt, wie damit umgegangen, ob es rekonstruiert oder der derzeitige Zustand belassen werden soll. Wenn man in das Buch sehe, könne man feststellen, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt. Er ermunterte Herrn Bürgermeister Gröger, auch diese Kritik entschieden zurückzuweisen, dass Herr Rabe sagt, das Bauhaus ist an der Stelle provinziell. Das Gegenteil sei der Fall, es ist nämlich international aufgezogen worden und wissenschaftlich fundiert. Herr Busch bat Herrn Gröger, möglicherweise mit einem Votum aus dem politischen Raum, auch an der Stelle der Kritik entgegen zu treten.

Herr Göricke, Fraktion Freie Wähler, legte dar, verschiedene Beschlussvorlagen im Stadtrat wurden zuvor in den Ausschüssen besprochen. Diese Unterlagen werden somit doppelt ausgereicht. Heute habe man bspw. 280 Seiten Papier erhalten, welches zuvor im Ausschuss behandelt wurde. Er stellte die Frage, ob es nicht möglich ist, die Unterlagen für die Ausschussmitglieder nur einmal auszureichen.

Das sei sicherlich über das Session-Programm möglich, erwiderte **Herr Bürgermeister Gröger**. Es werde sich aber in den Fällen nicht verhindern lassen, wenn nach der Beratung im Ausschuss Korrekturen vorgenommen werden sollen.

Weiterhin wandte sich **Herr Göricke als Ortsbürgermeister von Mosigkau** an das Präsidium des Stadtrates. Der Ortschaftsrat Mosigkau hatte sich im Dezember 2005 mit dem Problem einer illegalen Deponie auf der Gemarkung des Landkreises Köthen an den Stadtratsvorsitzenden gewandt. Man hatte erst nach langer Zeit ein Treffen im März 2006 mit dem Stadtratspräsidium. Seit diesem Datum ist keine Bewegung ersichtlich. Er stellte die Fragen, ob das Stadtratspräsidium aktiv geworden ist und was es in dieser Angelegenheit unternommen hat.

Richtig ist, dass man sich im März vergangenen Jahres getroffen habe, entgegnete **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Herr Göricke hatte dem Präsidium Unterlagen überreicht. Herr Dr. Exner habe ein Gespräch mit Frau Dr. Kegler geführt und sich ebenfalls Unterlagen zuarbeiten lassen. Daraufhin hat das Präsidium ein Schreiben an Herrn Göricke im Wesentlichen mit zwei Aussagen gerichtet, nämlich dass das Präsidium es für erforderlich halte, sich von den örtlichen Verhältnissen ein eigenes Bild zu machen und dass Leute benannt werden sollten, die in der Lage sind, konkrete Aussagen zu den Sachverhalten, wie Verkippung usw., zu treffen. Auf dieses Schreiben habe das Präsidium keine Reaktion erhalten, woraufhin ein zweites Mal angemahnt worden ist. Bisher sei dazu auch noch keine Information gekommen. Das Präsidium sei jederzeit bereit, dieses Thema wieder aufzugreifen und an der Stelle weiter zu machen.

Er könne eine Tatsache nicht stehen lassen, entgegnete **Herr Göricke**. Man habe seitens des Präsidiums ein Antwortschreiben erhalten, worin man gebeten wurde, Leute zu benennen, die über den Sachverhalt aufklären können. Weiterhin wurde er darum gebeten, gemeinsam mit dem Präsidium einen Vororttermin auszumachen. Das Präsidium habe vom Ortschaftsrat Mosigkau ein Antwortschreiben erhalten, wo

man darauf aufmerksam gemacht habe, dass der Ortschaftsrat keinen Wert darauf lege, einen grünen Berg zu besichtigen. Dieser sei vom Präsidium jederzeit und ohne Beisein des Ortschaftsrates zu besichtigen. Das Präsidium könne nicht erwarten, dass der Ortschaftsrat dort irgendetwas zeigt, was man schon in der Beratung gesagt habe. Er nehme das von Herrn Dr. Exner Gesagte so auf, dass für ihn die Akte auf Eis liegt und das seit gut einem halben Jahr.

Die Angelegenheit liege nicht auf Eis, erwiderte **Herr Dr. Exner**. Für das Präsidium sei aber wichtig, sich von den örtlichen Verhältnissen ein Bild zu machen, was einhellige Meinung war.

Dieser Geschichte sei eine gewisse Tragödie nicht abzusprechen, merkte **Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender**, an. Ausgangspunkt sei, dass es diverse Hilfsersuchen gab, wie Dienstaufsichtsbeschwerde und einiges an Behörden, die dem Land zuzuordnen sind. In dem ganzen Verfahren gebe es eine Problematik. Genehmigungsbehörde ist in diesem Fall eine Landesbehörde. Das Tragische sei, dass die Beschwerde von dieser Landesbehörde wieder in unsere Ebene zurück delegiert wurde. Man könne im Grunde gar nicht so agieren, das Problem einer Lösung zuzuführen. Die Zuständigkeit liege deutlich über unseren Köpfen. Dadurch sei der von Herrn Göricke gegangene Schritt in Richtung Petitionsausschuss des Landes durchaus ein Weg, der dazu beiträgt, die Schritte, die vielleicht notwendig wären, auch wo bestimmte Vollmachten existieren, einzuleiten. Einen Vorgang zu bewerten, den es offiziell gar nicht gibt und Vorgänge einzuleiten gegen etwas, was an vielen Stellen geleugnet wird, sei schier unmöglich, erklärte Herr Hoffmann. Die Behörde, die wissen sollte, was dort existiert, reagiere insofern, dass sie das nach unten delegiert, weil es vielleicht zu heiß ist. Er hoffe für Herrn Göricke, dass der Petitionsausschuss etwas findet und reagiert. Das Präsidium könne im Moment nicht mehr tun, als es tue.

Ergänzend merkte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** an, man brauche schlichtweg konkrete Tatsachen, um weiter machen zu können. Deshalb sollten Leute benannt werden. Das hatte man auch vorgetragen, als man zum Vororttermin in Mosigkau war.

Das Präsidium des Stadtrates ist seit dem genannten Termin mit diesen Dingen befasst, bestätigte **Herr Bürgermeister Gröger**. Die Stadtverwaltung selbst habe mehrere Gespräche mit dem Ortschaftsrat geführt. Man habe diese Problematik sogar soweit getrieben, dass man den Nachbarkreis Köthen, um den es gehe, denn es sei eine Gemarkung, die nicht in unserer direkten Verantwortung liegt, gebeten hat, eine Klärung herbeizuführen. Das Problem ist, dass auch wir nicht in einem Hoheitsgebiet außerhalb der politischen Grenzen der Stadt Dessau direkt wirksam werden können. In diesem Falle sollte man sich noch einmal zusammensetzen unter der Ägide des Stadtratspräsidiums, um nach Lösungswegen zu suchen.

Des Weiteren betonte Herr Bürgermeister Gröger, man könne aber nicht als Ortschaftsrat nach außen wirken und Petitionen abschicken. Das könne man als Bürger, nicht aber als Ortschaftsrat. Er biete ein gemeinsames Gespräch mit ihm, dem Präsidium des Stadtrates, dem Umweltamt und dem Baudezernat an. Wenn es dann tatsächlich belastbare Hinweise gibt, die uns gezielt in die Lage versetzen, Untersuchungen durchzuführen, werde das auch von Erfolg gekrönt sein, auch wenn es au-

ßerhalb der Grenze liegt. Solange man das nicht in irgendeiner Weise glaubhaft machen kann, habe man da ein riesiges Problem.

Daran, dass der Stadtrat in der letzten Sitzung zustimmend den Entwurf eines Wappens für die gemeinsame Stadt Dessau-Roßlau zur Kenntnis genommen hatte, erinnerte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Zwischenzeitlich habe das Landesverwaltungsamt dazu Stellung genommen, wozu er gern wüsste, wie diese ausgefallen bzw. wie der Stand des Verfahrens ist.

Es gab zwischenzeitlich mehrere Konsultationen zwischen dem Landeshauptarchiv und den zuständigen Dienststellen, führte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales**, aus. In der Verwaltung liege eine schriftliche Stellungnahme vor, die ausdrücklich sagt, dass der eingereichte Vorschlag in den beiden Varianten sehr hilfreich war. Die Zinnen auf dem Wappen der künftigen Stadt Dessau-Roßlau können in dieser Form nicht ausgebildet werden. Weiterhin gebe es die Gemarkung des Viererschildes, in dem sich das jetzige Bild der Stadt Roßlau im vierten, rechts unten befindlichen Teil des Schildes wieder findet. Diese Art wird die Genehmigung finden. In den nächsten Tagen wird in der Verwaltung eine Vorlage vorbereitet, die den Mitgliedern des Hauptausschusses und dann dem Stadtrat vorgelegt werden muss. Man sei auf dem richtigen Weg und wird sich in der gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau entsprechend der Vorschriften der Heraldik wiederfinden.

Frau Andrich, PDS-Fraktion, ging auf die Grundsteuerpetition ein und führte aus, als Mitglied des Ortschaftsrates sei sie auch Bürgerin und Einwohnerin dieser Stadt. Wenn sie als Mitglied des Ortschaftsrates, als Bürgerin eine Petition mit ihrer Privatanschrift macht, stehe das nicht im Gegensatz zur Stadt selber. Sie missbrauche hier weder das Amt des Ortsbürgermeisters oder des Ortschaftsrates. Es stehe ihr zu, eine Petition mit ihrem Namen und ihrer Anschrift zu machen.

Er habe kritisiert, dass diese von Mosigkau ausgegangene Petition den Briefkopf des Ortschaftsrates und damit der Stadt trage, was ein Unterschied sei, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**.

Herr Göricke fragte nach, ob es so angekommen ist, dass der Ortschaftsrat von Mosigkau jetzt den Kopf bildet für die Petition. Man könne als Ortschaftsrat nicht mit dem Logo der Stadt nach außen aktiv werden, denn das könne nur die Stadt, erläuterte **Herr BM Gröger**.

In Bezug auf diese Petition sei das auch in der Ortschaft Mosigkau nicht erfolgt, erwiderte **Herr Göricke**. Dort seien Privatpersonen aufgeführt, verbunden vielleicht mit dem Ortschaftsrat. Das Exemplar der Petition, welches ihm vorliege, trage dieses Logo, erwiderte **Herr Bürgermeister Gröger**.

5. Beschlussfassungen

5.1. Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan HHJ 2007

Vorlage: BV/003/2007/VI-60

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte aus, er hatte das Thema Finanzierungsplan für das Sanierungsgebiet Dessau-Nord bereits im Bauaus-

schuss angesprochen. Es gebe hierzu eine Vorgeschichte. Im Jahr 2006 habe man schon diskutiert und den Beschlussvorschlag eingebracht, dass man anstelle von einzelnen Straßen im Sanierungsgebiet mit der Planung für die Ringschule beginnen soll. Die Ringschule war eine Grundschule und es soll demnächst eine Sekundarschule hinein. Es sei ein Förderprogramm in Aussicht gestellt worden für die Sanierung von Schulen im Land mit möglicherweise einem höheren Fördersatz, der derzeit für die Stadtsanierung mit 2/3 Fremdförderung und 1/3 Eigenkapital beträgt. Er stellte die Frage, wie weit der Stand der Planung für die Schule an der Ringstraße ist, damit man auch zeitnah mit einer Umsetzung beginnen kann. Die Schule habe einen erheblichen Investitionsbedarf. Herr Dr. Schmidt bat um Aussagen, ob es neue Entwicklungen gibt.

Es werde am 21. oder 22. März 2007 in Dessau eine zentrale Veranstaltung für das Land Sachsen-Anhalt geben, wo das Schulförderungsprogramm nach unseren bisherigen Erkenntnissen verabschiedet wird, erläuterte **Herr Bürgermeister Gröger**. Aber unbestätigt ist, dass in diesem Schulförderprogramm der Eigenanteil bei etwa 19 % liegen wird. Wenn man unbesehen der Tatsache, dass natürlich die Sanierung zurücksteht, vorschnell eine Entscheidung trifft und augenblicklich mit Sanierungsmitteln dieses Projekt anschiebe, laufe man Gefahr, dass man aus diesem Programm herausfalle, da man auch noch keinen vorzeitigen Maßnahmebeschluss bzw. Beschluss auf Beginn herbeiführen könne. Die Ringschule habe aber von allen Schulen, die in Dessau noch zu sanieren sind, oberste Priorität.

Herr Gröger schlug vor, die beiden Maßnahmepläne für die Sanierungsgebiete so zu beschließen, wie sie sind. Im **Protokoll** werde **aufgenommen**, die Mittel für eine Straße im Sanierungsgebiet Dessau-Nord - bspw. für die Oranienstraße - so lange zu reservieren und keine Aufträge auszulösen, bis sicher ist, dass es das Programm gibt und unser Antrag tatsächlich in vollem Umfang berücksichtigt wird. Erst wenn man im Programm ist, werde über die Freigabe dieser Mittel entschieden.

Wenn man nicht im Programm ist, müsse man sich überlegen, das über Sanierungsmittel zu machen. Vorzeitig das zu tun hieße, dass man eine 81%ige Förderung gegen eine 66%ige Förderung tausche, was im Sinne der Stadtfinanzen so nicht zu vertreten sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Plettner, FDP-Fraktion, gab **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** das Abstimmungsergebnis des Bauausschusses (7:0:2) bekannt.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, ihm sei nicht in Erinnerung, wann die Eduardstraße für eine Sanierung beschlossen wurde. Da sie in der Vorlage nicht mit einem Sternchen versehen ist, heiße das, dass sie bereits beschlossen ist und mit bereits eingeplanten Mitteln ausgebaut werden soll. Mit der Eduardstraße und der Oranienstraße sind zwei im Verhältnis zu anderen Straßen relativ gut oberflächenausgestattete Straßen zur Sanierung vorgesehen. Die Marienstraße sei schlimmer als mancher Radweg. Es stelle sich die Frage, wann diese Straße oder die Friedrich-Schneider-Straße endlich in die Sanierung kommen.

Herr Bilau, Abteilungsleiter im Amt 60, führte aus, man habe im vorigen Jahr als Tiefpunkt die Wörlitzer Straße realisiert. Als letzte des ganzen Gefüges müsse die Teichstraße kommen, um das System der DESWA in Ordnung zu bringen. Man kön-

ne nicht völlig losgelöst die Marienstraße realisieren, sondern bei der Entwässerung bergauf gehen. Deshalb werde in diesem Jahr vorerst die Oranienstraße, evtl. im nächsten Jahr der Teil der Marienstraße, welcher zur Teichstraße geht, und zuletzt die Teichstraße bis zum Knoten Bertolt-Brecht-Straße saniert. Das sei das Ziel. Die Friedrich-Schneider-Straße liege nicht im Sanierungsgebiet. Ein Teil der Eduardstraße wurde gemacht. Vor allem soll der Knoten Lessingstraße ausgebaut werden. Es wurde der Ring gemacht, der jetzt in diesem Jahr mit der Entlastungsstraße kommt. Hier sei alles funktionsfähig und abgeschlossen. Die Eduardstraße, die nur Asphalt hat, werde dann gepflastert.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:02:03

5.2. Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest, Maßnahmen- und Finanzierungsplan im Haushaltsjahr 2007

Vorlage: BV/010/2007/VI-60

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, verwies auf das Abstimmungsergebnis 8:0:1 im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bat Herrn Bürgermeister Gröger, bezüglich des Wettbewerbes ergänzende Ausführungen zu machen. Wenn man einen Wettbewerb mache, müsse man auch eine inhaltliche Konzeption für die Gebäude haben. Das sei möglicherweise auch eine Kritik von Herrn Prof. Rabe, dass er sagt, wenn er nach Dessau komme, sehe er zu wenig Gebäude in ihrer damaligen Nutzung, also als Wohngebäude erkennbar. Vielleicht wäre das ein Weg, den man beim Meisterhausensemble vom Raumprogramm her überdenken müsste. Es sei auch wichtig, dass der Kulturausschuss sich noch einmal über die Betreuung der Meisterhäuser im Kontext der anderen Bauhausbauten eine Meinung bildet.

Es sei so, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**, dass die fachliche Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege zur Komplettierung des Meisterhausensembles getragen wird vom Kultusministerium, vom Bauministerium und von der Stiftung Bauhaus, die von einer Komplettierung des Meisterhausensembles zu einer städtebaulichen Rekonstruktion ausgehe. Das heißt, dass die ursprünglichen, nicht mehr vorhandenen Baumassen, wieder geschaffen werden. Wie, soll über einen eingeladenen städtebaulichen Wettbewerb mit internationaler Beteiligung herausgefunden werden. Darüber habe man sich in der vergangenen Woche mit den Hauptakteuren unterhalten. Man wolle auch ICOMOS, die Hüter der Weltkulturerbestätten, mit einbeziehen, weil man dazu eine Genehmigung brauche. Es handele sich ja nicht um irgendein Denkmal, sondern um ein Denkmal, das auf der Weltkulturerbeliste steht. Verabredet wurde, in einer Arbeitsgruppe den Rahmen dieses Auswirkungstextes, dazu gehören die Raumprogramme, die Erwartungen, die an diesen Wettbewerb gestellt werden, vorzubereiten und den politischen Raum einzubeziehen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:00:02

5.3. 1. Änderung und 1. Ergänzung des Flächennutzungsplans der Stadt Dessau mit den Ortschaften Rodleben und Brambach - Beschluss über die Abwägung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen

Vorlage: BV/037/2007/VI-61

Das Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt lautete 09:00:00.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

5.4. 1. Änderung und 1. Ergänzung des Flächennutzungsplans der Stadt Dessau mit den Ortschaften Rodleben und Brambach - Beschluss über die Feststellung der Planung in der Fassung vom Oktober 2006 - Feststellungsbeschluss -

Vorlage: BV/038/2007/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

5.5. Abwägung der zum Vorentwurf des B-Planes Nr. 160 "Kleingartenanlage Haideburg" vorgebrachten öffentlichen und privaten Belange

Vorlage: BV/006/2007/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**5.6. Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen
Nebenfahrbahn der Kavalierstraße östlich der Gebäude Kavalierstr.
63*69 im Rahmen der Neugestaltung des Platzes Am Alten Theater**

Vorlage: BV/035/2007/VI-66

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt: 9:0:0

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

5.7. Kalkulation der Friedhofsgebühren für den Zeitraum 2007 bis 2009 für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau (Friedhofsgebührenkalkulation)

Vorlage: BV/022/2007/II

Frau Ehlert, PDS-Fraktion, bezog sich in ihren Ausführungen sowohl auf die Vorlage zu 5.7 als auch auf die zum Punkt 5.8. Sie merkte an, dass es in beiden Vorlagen um die Erhöhung der Gebühren für die 2. Leichenschau von 50 % auf 45,16 € gehe. Allein im Jahr 2005 hatte man 3.269 Fallzahlen von Einäscherungen. Die Folge ist, dass der Nettopreis für Einäscherungen bisher 153,39 € betrug und mit der neuen Satzung 170,40 € betragen werde. Es handele sich in der Vorlage zu 5.7 um den Punkt 2.4.2 und in der zu 5.8 um den Punkt 2.4.

Frau Ehlert stellte folgenden **Antrag**: Bis Ende des Jahres 2007 ist eine Überprüfung der Gebührenerhöhung auf 45,16 € für die 2. Leichenschau vorzunehmen, da diese Leistungen z.B. von anderen Anbietern, u. a. der Rechtsmedizin Leipzig für 10,- € (Netto) angeboten werden.

Als Begründung legte sie dar, die Kostenerhöhung für Einäscherungen sei allein auf die Kostenerhöhung der 2. Leichenschau zurückzuführen. Bei gleich bleibender Anzahl von Einäscherungen entstehen zusätzliche Kosten im Jahr von ca. 75.000 €. Hier sollte nachverhandelt werden, da der jährliche Leistungsumfang ca. 150.000 € beträgt und für alle Leistungserbringer die gleichen gesetzlichen Grundlagen gelten.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, entgegnete, die Gebühr für den Pathologen war bereits in den Fachausschüssen ein diskutiertes Thema. In einem ihr vorliegenden Schreiben erkläre das Städtische Klinikum ausdrücklich, dass diese Gebühr auf der Grundlage der Gebührenordnung für Ärzte angeboten wird, dass die Erhöhung sich u. a. im Jahr 2001 auch aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie aus dem Wegfall des bis dahin gültigen Ostabschlages ergibt. Man sei aber bereit, auf den Ostabschlag weiterhin zu verzichten, so dass anstatt 37,83 € für diese zweite Leichenschau 34,39 € angeboten werden. Das sei ein Nettopreis von 28,90 €. Darüber könne es laut Gebührenordnung keine Verhandlungen mehr geben. Deshalb bitte Frau Nußbeck, gegen den Antrag von Frau Ehlert zu stimmen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, das Präsidium verstehe den Antrag von Frau Ehlert so, dass es kein Änderungsantrag zu dem hier eingebrachten Beschlussantrag, sondern ein **Prüfauftrag** ist. In dieser Weise werde er zu Protokoll genommen mit der Bitte, das entsprechend in der Verwaltung umzusetzen.

Mit der Verfahrensweise erklärte sich Frau Ehlert einverstanden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 28:00:09

5.8. Änderung der Friedhofsgebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau und des Gebührenverzeichnisses (Anlage)

Vorlage: BV/013/2007/II

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:00:08

5.9. Neufassung der Friedhofssatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau

Vorlage: BV/014/2007/II

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, erläuterte, im Hauptausschuss gab es den Antrag von Herrn Stadtrat Ehm, dass sich vor der Beschlussfassung im Stadtrat die Friedhofskommission zu dieser Vorlage äußert. Das habe stattgefunden. Die Friedhofskommission habe der Vorlage zugestimmt mit einer **Änderung**. Diese bezieht sich darauf, dass die Bepflanzung mit **großwüchsigen** Laub- und Nadelgehölzen nicht gestattet ist.

Das Wort „**großwüchsig**“ ist im **§ 32 Abs. 2 einzufügen** und lautet demnach:

„Die Gestaltung der Gräber ist dem Gesamtcharakter des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Die Bepflanzung mit **großwüchsigen** Laub- und Nadelgehölzen ist nicht gestattet. Auf den Grabstätten befindliche Gehölze gehen in das Verfügungsrecht des Friedhofsträgers über und können auf Kosten des Nutzungsberechtigten zurück geschnitten oder entfernt werden.“

Ansonsten stehe die Friedhofskommission hinter dieser Satzung.

Herr Bürgermeister Gröger bestätigte, dass die Einarbeitung erfolgen werde.

Frau Ehlert, PDS-Fraktion, legte dar, für die Neufassung dieser Friedhofssatzung spreche sie der Verwaltung Dank aus, weil einige Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger verarbeitet wurden. So werde auf dem Zentralfriedhof u. a. die sogenannte anonyme Bestattung etwas anders gestaltet und auch die Möglichkeit gegeben, Ehepaaren oder anderen Lebensgemeinschaften kleine Urnengräber zur Verfügung zu stellen.

Nach der Sitzung der Friedhofskommission haben sich noch folgende Dinge ergeben, führte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, aus. Im § 7 Abs. 3 b der Satzung werde ausgeschlossen, dass auf Friedhöfen Waren verkauft werden, vorbehaltlich § 8 Abs. 3. Laut Abs. 2 des § 8, muss das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer nachgewiesen werden. Die Eintragung gebe es aber in Sachsen-Anhalt nicht. Die Regelung sei von einem Bundesland abgeschrieben, wo es eine Landwirtschaftskammer gibt. In Sachsen-Anhalt sei das anders geregelt und fachlich nicht zutreffend. Im Abs. 3 heiße es: „Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs. 1 genannten Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck vereinbar ist. Abs. 2 Satz 1 und 4 gelten entsprechend.“ Im Absatz 4 heiße es: „Die Friedhofsverwaltung hat die Zulassung ...“ Die Friedhofsverwaltung ist hier Genehmigungsbehörde für Gewerbetreibende, die auf oder im Umfeld des Friedhofes irgendwas verkaufen können. Er wisse nicht, ob man hier Tor und Tür öffnet für Dinge, die alle nicht wollen. Er habe Angst, dass im Umfeld der Friedhöfe ein blühender Handel oder Sonstiges entstehen könnte. Der würde dem Zweck, Gedanken und Grundanliegen der Friedhöfe nicht dienlich sein.

Herr Ehm **beantragte die Rückverweisung** der Vorlage. Entweder werde die Verkaufsgenehmigung herausgenommen, wozu es ein zuständiges Gewerbeamt gebe,

vielleicht in Zusammenarbeit mit der Friedhofsverwaltung, oder wenn das jetzt nicht ad hoc beschlossen werden kann, bitte er das in den entsprechenden Fachgremien zu beraten und zu überdenken.

Das mit der Landwirtschaftskammer müsse sicherlich korrigiert werden, erklärte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**. Er verstehe das aber so, dass das Gewerbeamt die Gewerbe genehmigung erteilt und nur hinsichtlich der Tätigkeit in der Nähe des Friedhofes von dem entsprechenden Amt die Genehmigung zu erteilen ist.

Frau Moritz, Geschäftsführerin des Stadtpflegebetriebes, wurde das Rederecht erteilt. Sie bezog sich auf die Anlage 3 der Vorlage, weil hier die Änderungen zur bisherigen Satzung farblich abgehoben dargestellt sind, so dass man erkennen könne, welche Veränderung eingetreten ist. Im § 8 Abs. 3 sei keine Veränderung zum bisherigen Satzungstext vorgenommen worden. Zur Anfrage Landwirtschaftskammer sollte man nur weil es in Sachsen-Anhalt diese entsprechende Kammer nicht gibt, Gewerbetreibende aus anderen Bundesländern nicht vom Zugang ausschließen. Es sei in diesem Paragraphen eine Aufzählung für alle möglichen Gewerbe vorgesehen, also Steinmetze, Gärtner usw. Die Aufzählung erfasse alle Genehmigungsbehörden, die entsprechend den Zugang zum jeweiligen Gewerbe regeln. Es sei durchaus vorstellbar, dass ein Gärtnermeister bspw. aus einem anderen Land eine entsprechende Gewerbe genehmigung für den hiesigen Friedhof erwerben möchte, weil er eine Niederlassung in der Stadt Dessau eröffnen möchte. Dann könne es schon sein, dass die entsprechende Landwirtschaftskammer hier die entsprechende Amtsbezeichnung erteilt hat. Es sei eine Aufzählung, die die verschiedenen Gewerbetreibenden erfassen soll, aber keine ausschließliche Knüpfung an Recht hier in Sachsen-Anhalt.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, bat Frau Moritz um Ausführungen zur Erteilung von Gewerbe genehmigungen. Natürlich erteile der Stadtpflegebetrieb keine Gewerbe genehmigungen, sondern lasse nur in Ausübung des Hausrechtes Ausnahmen von dem grundsätzlichen Verbot zu, dass Waren verkauft werden.

Im § 7, Abs. 3 b) ist bei der Anlage 3 gekennzeichnet, dass bislang nur vermerkt war „Waren aller Art zu verkaufen“, erklärte **Frau Moritz**. Es wurde dahingehend ergänzt, dass die Ausnahme § 8, Abs. 3 zugelassen werden muss. Das Hausrecht auf dem Friedhof muss natürlich ausgeübt werden und für die Gewerbe, die auf dem Friedhof eine Gewerbe genehmigung beantragt haben, müssen diese Sachen erlaubt sein.

Er habe damit nunmehr ebenfalls ein Problem, merkte Herr Dr. Exner an, denn Gärtner aus Sachsen-Anhalt können ja keine Genehmigung der Landwirtschaftskammer nachweisen. Das würde also unsere Gärtner vor Ort ausschließen.

Da dies hier offensichtlich nicht geklärt werden könne, bestärkte Herr Ehm seinen Antrag auf Rücküberweisung.

Die Frage an Frau Moritz, ob die Gebührensatzung ohne diese Friedhofssatzung in Kraft treten kann, stellte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Frau Moritz entgegnete, dass dies zumindest bei der Einführung neuer Grabarten problematisch sei.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, dass Frau Moritz gerade ausgeführt habe, dass dieser Punkt offensichtlich nicht geändert wurde, diese Satzung also seit Jahren in Kraft sei. Er könne somit nicht erkennen, warum ein Problem konstruiert werde, was gegen alle Wahrscheinlichkeit niemals auftreten wird.

Herr Bürgermeister Gröger erklärte, man könne die Satzung so, wie sie hier angeboten wird, jetzt beschließen und die Verwaltung nehme den **Prüfauftrag** mit. Wenn sich eine Änderung notwendig macht, könne diese nachträglich beschlossen werden.

Der **Antrag** auf Verweisung wurde zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich (06:24:07) **abgelehnt**.

Der Beschlussvorschlag wurde mit der eingangs zugesagten Ergänzung (im § 32, Abs. 2) mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 29:02:06

5.10. Änderung des Beschlusses in der Friedhofskonzeption für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau zur Schließung des Großkühnauer Friedhofes ab 01.01.2007

Vorlage: BV/018/2007/II

Ob in Dessau daran gearbeitet werde, einen Friedwald einzurichten, fragte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, nach. Dazu erklärte **Frau Moritz**, dass in Dessau ein solcher Friedwald vorerst nicht in der Diskussion steht. Es werde aber versucht, ein adäquates Angebot zu unterbreiten. Im Eingangsbereich des Zentralfriedhofes befinde sich das große Eichengrabfeld, welches gestalterisch gesichert werden soll, wo im Umkreis von Bäumen eine anonyme Bestattung erfolgen kann.

Der Beschluss zur Vorlage wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

5.11. Ankauf des Rathouserweiterungsbaues zum 01.06.2007

Vorlage: BV/370/2006/II-20

In Beantwortung einer Anfrage von **Herrn Kopf, CDU-Fraktion**, hinsichtlich des bereits beglichenen Ankaufspreises führte **Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen**, aus, dass 10 Mio. € bereits aus dem Vermögenshaushalt in den Jahren bis 2001 für den Ankaufswert Rathouserweiterungsbau gezahlt wurden. Dies sei aus Investitionshilfen finanziert und auch durch den Stadtrat beschlossen worden, weil es immer die Absicht gab, zum frühestmöglichen Zeitpunkt anzukaufen. Was jetzt noch gezahlt werden muss, ist der Anteil Grunderwerbssteuer.

Die Abstimmung zur Vorlage ergab mehrheitliche Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

5.12. Kalkulation Entgelte Rettungsdienst

Vorlage: BV/462/2006/II-37

Der Beschluss zur Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

5.13. Entgeltsatzung für den Rettungsdienst der Stadt Dessau

Vorlage: BV/451/2006/II-37

Die Satzung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Dessau, 29.03.07

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Karl Gröger
Bürgermeister und Beige-
ordneter für Bauwesen und
Umwelt

Schriftführer